

## Rürup fordert Pflicht zur privaten Vorsorge

Wenn die Deutschen nicht freiwillig private Vorsorge für das Alter treffen, sollte diese nach Ansicht von Bert Rürup zur Pflicht gemacht werden. Rentenexperten warnen vor einem weiteren Anstieg der Beiträge.

Der Vorsitzende der Regierungskommission zur Reform der Sozialsysteme, Bert Rürup, hat sich für eine private Pflichtversicherung zur Altersvorsorge ausgesprochen. Diese müsse dann umgesetzt werden, wenn die Riester-Rente nicht besser angenommen werde, sagte Rürup der «Bild am Sonntag». Bisher hätten 16 Prozent der Beschäftigten das Angebot der Riester-Rente angenommen. Diese Zahl müsse aber noch deutlich erhöht werden. Sonst müsse man darüber nachdenken, die private Vorsorge zur Pflicht zu machen. Rürup verteidigte außerdem die von ihm vorgeschlagene Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre. Dadurch würden auch die Rentenansprüche steigen, sagte er. «Unsere alternde Gesellschaft kann es sich nicht leisten, dass die Erwerbsphase kürzer und die Rentenbezugsdauer länger wird», fügte er hinzu.

(...)

Das Gleichgewicht zwischen Rentnern und Beitragszahlern müsse angesichts der Überalterung der Gesellschaft neu definiert werden. Positiv zu den Rürup-Vorschlägen äußerte sich auch der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU). Es müsse wieder mehr gearbeitet werden, sagte er derselben Zeitung.

Dagegen lehnte CSU-Chef Stoiber eine Anhebung des Renteneintrittsalters entschieden ab. Das sei mit der Union nicht zu machen, sagte er der «Welt am Sonntag». Derzeit werde daran gedacht, zu den anderen Reformfragen - also dem Kündigungsschutz, dem Arbeitslosengeld und der aktivierenden Sozialhilfe - eine Expertengruppe einzusetzen, die die Vorschläge von CDU und CSU aufeinander abstimmen solle.

### **Warnung vor höheren Beiträgen**

Unterdessen warnten Rentenexperten vor einem weiteren Anstieg der Beiträge. 2004 könnten die Beiträge um 0,4 Prozent auf 19,9 Prozent steigen, sagte der Mannheimer Rentenexperte Axel Börsch-Supan dem Nachrichtenmagazin «Focus». Börsch-Supan ist auch Mitglied der Rürup-Kommission. Er sei zuversichtlich, dass die Vorschläge der Kommission umgesetzt würden, sagte er. Das Nachrichtenmagazin «Der Spiegel» berichtete, auch die Bundesregierung gehe von steigenden Beiträgen aus. (...) Der Bericht wurde von der Regierung jedoch dementiert. Eine Sprecherin des Bundessozialministeriums sagte, im März seien die Einnahmen deutlich gestiegen. Man gehe von stabilen Beitragssätzen aus.

Den vollständigen Artikel finden Sie in der „Netzeitung“ vom 26.08.2003.